

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die erscheinende Seite
oder deren Raum 50 Pf.
Kleinanzeigen 30 Pf.

Ausgabestellen:
Diez, Rosenstraße 26.
Bernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 44

Diez, Donnerstag, den 26. Februar 1920

26. Jahrgang.

An die Drucksachenverbraucher

Durch die andauernd steigenden Unkosten, Rohstoffe, Löhne usw., sehen sich die untergeordneten Druckereibesitzer des Kreises gezwungen, ihre Drucksachenpreise zu erhöhen, wobei die gewerkschaftlichen, vom Deutschen Buchdrucker-verein zu Grunde gelegten Mindestpreise maßgebend sind.

Buchdruckerei G. Heil, Ems,
Krause's Buch- u. Kunstdruckerei, Ems,
Buchdruckerei H. Müller, Nassau,
Peters'sche Buchdruckerei, Diez,
Buchdruckerei H. Chr. Sommer, Ems-Diez.

Letzte Nachrichten.

Zusammenbruch der deutschen Zigarettenindustrie

M. Berlin, 26. Febr. Die gesamten Berliner Zigarettenfabriken haben jetzt ihrem Personal ebenfalls zum 1. März gekündigt. In Berlin werden damit laut Berl. Volksanzeiger 10.000 Angestellte und Arbeiter (einschließlich in anderen deutschen Zigarettenfabriken 50.000) aus den Zigarettenfabriken mit dem Blatte mitgeteilt, daß nur bei der Herstellung der Zigaretten es möglich sein dürfte, zu den hohen Preisen zu verzichten.

Sanitäts Nachfolger.

M. Washington, 25. Febr. Präsident Wilson hat Cambridge-Gibb zum Staatssekretär ernannt.

Wahltag gewählt.

M. London, 25. Febr. Bei der Wahl in Paisley erhielt Asquith (Liberal) 14.894, Balfour (Unionist) 11.840, Maclean (Koalition) 3778 Stimmen.

Kartoffelnot in England

M. Amsterdam, 25. Febr. Laut Telegraf wurde im englischen Unterhaus von Seiten der Regierung mitgeteilt, daß der Kartoffelvorrat in England nicht bis zur nächsten Ernte reichen werde und daß man hoffe, den Bedarf durch Einfuhr von Kanada zu beheben.

Streik in Lyon.

M. Paris, 25. Febr. In Lyon streiken 60.000 Arbeiter, da sich dort auch andere Arbeiterkreise dem Streik anschließen. Nach dem Echo de Lyon ist der Streik der nationalen Föderation der Eisenbahner ein allgemeiner Streik abgesehen, da man ihn in diesem Augenblick nicht für angebracht hält.

Englische Truppen in Konstantinopel.

M. Paris, 25. Febr. Wie der Petit Parisien aus London meldet, wurde in Konstantinopel ein Regiment englischer Marineinfanterie gelandet.

Politisches Attentat in Serbien?

M. Berlin, 25. Febr. Nach dem Berliner Tageblatt ist der Minister Piccolo Meldungen über ein Attentat auf den Prinzen von Serbien und den neuen Ministerpräsidenten wieder, wobei beide verletzt worden sein sollen. Eine Bestätigung liegt bisher nicht vor.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Der Rücktransport aus Japan. Die Reichsregierung hat drei Friedensnoten an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien geschickt. In der Note an die Vereinigten Staaten wird auf die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaus, die Rumänien erfüllen habe, und auf die Vorteile, die für beide Länder aus einer Zusammenarbeit in dieser Hinsicht entstehen können, hingewiesen. Amerika wird gebeten, mitzutreten, wo und wann Unterhandlungen beginnen können. In der Note an Japan weist die Regierung auf die russischen Grundzüge der Selbstbestimmung und auf die vielen ungelösten Friedensprobleme an Japan hin. Weiter werden unter Hinweis auf Japans große wirtschaftliche Interessen im Fernen Osten die gegenseitigen Vorteile guter Beziehungen betont und darauf hingewiesen, wie wünschenswert diese Unterhandlungen jetzt wären. Die Note an Rumänien ist in ähnlichem Sinne gehalten.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Friedensbedürfnis der Sowjetregierung. Die Sowjetregierung hat drei Friedensnoten an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien geschickt. In der Note an die Vereinigten Staaten wird auf die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaus, die Rumänien erfüllen habe, und auf die Vorteile, die für beide Länder aus einer Zusammenarbeit in dieser Hinsicht entstehen können, hingewiesen. Amerika wird gebeten, mitzutreten, wo und wann Unterhandlungen beginnen können. In der Note an Japan weist die Regierung auf die russischen Grundzüge der Selbstbestimmung und auf die vielen ungelösten Friedensprobleme an Japan hin. Weiter werden unter Hinweis auf Japans große wirtschaftliche Interessen im Fernen Osten die gegenseitigen Vorteile guter Beziehungen betont und darauf hingewiesen, wie wünschenswert diese Unterhandlungen jetzt wären. Die Note an Rumänien ist in ähnlichem Sinne gehalten.

Die Beschaffung von Zahlungsmitteln.

Die Ständige Valutakommission ersucht die Regierung auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages, ebenfalls mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um aus denjenigen Beträgen, die laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Friedensvertrages bereits abgeliefert sind, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung und Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei starker Einschränkung des Konsums unbedingt nötig sind. Das Reich ist durch Abtrennung wertvoller Gebiete, durch Wegnahme der Kolonien, der Kasse, des gesamten Vermögens im Ausland, der Schiffe, des Eisenbahnmateriells, der landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Liquidation der Firmen im Ausland so verarmt, daß ihm ausreichende Mittel für Zahlungen im Ausland nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach wie vor nach Niederlegung der Waffen ein Volk wirtschaftlich und finanziell so grauam durch Aushungerung, Entziehen, Vorenthaltung und Übertretungen der Abmachungen bedrückt werden, wie jetzt das deutsche. Seit den Waffenstillstandsverhandlungen, also seit fast 1 1/2 Jahren, ist dem deutschen Reich jede verständige Finanzierung im Ausland unterbunden. Nach Herausgabe des Goldbestandes bis auf eine Milliarde Mark wurden die ausländischen Effekten, die im deutschen Besitze waren, zur Verfügung gestellt. Die Abnahme dieser Effekten wurde verzögert. Ein Teil der Regierungen, die die betreffenden Effekten ausgegeben hatten, benutzte die Gelegenheit, um eine verbriepte Verpflichtung, in ausländischer Valuta zu zahlen, nicht anzuerkennen. Durch Erlass dieser ausländischen Effekten konnten daher im Ausland bisher nur geringe Zahlungen geleistet werden. Eine Verfügung über den Erlass aus den Liquidationen und Sequestationen war noch nicht möglich, da jede Abrechnung vorenthalten wurde. In allem wurde die Oberhoheit des Deutschen Reiches an den Grenzen ausgeschaltet und die deutsche Regierung mußte mitgeben, wie gegen ihren Willen Waren im Werte von Milliarden Mark ins Land strömten. Die Zahlungen in diesen 1 1/2 Jahren mußten zum wesentlichen Teil durch Verkauf von Reichsbanknoten im Ausland und durch große neue Verpflichtungen in fremder Valuta ausgeführt werden. Der Valutamarkt mußte unter solcher Belastung zusammenbrechen. Wenn Deutschland nicht das gleiche Schicksal beschieden sein soll wie Deutschland, so müssen ihm aus den geleisteten Vorfällen so viel Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß es die zur Bezahlung der notwendigen Zahlungsmittel in den nächsten Monaten erforderlichen Beträge aufbringen kann. Eine Finanzierung auf anderem Wege ist nicht mehr möglich. Deutschland hat durch seine Abtreibungen seinen festen Willen bewiesen, den Vertrag so weit wie irgend möglich, zu erfüllen, und wird dies auch weiter tun. Die Ständige Valutakommission vertritt zuversichtlich darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Erfüllung des Friedensvertrages der deutschen Regierung die jetzt benötigten Summen, wie im Artikel 235 vorgesehen, freisetzen wird. Sie hält sich zu diesem Vertrauen um so mehr für berechtigt, als sie in der Erfüllung ihres Verlangens die Voraussetzung zur Aufrechterhaltung nicht nur des deutschen, sondern auch des Welt-Wechsel-Marktes erblickt.

Bei den Besprechungen über die Möglichkeiten einer Abdeckung der schwebenden Schuld äußerte sich die Valutakommission dahin, daß neben der Bilanzierung des Etats, d. h. also neben der Angleichung der Einnahmen an die Ausgaben als weitere wirksame Hilfe eine beschleunigte Eingehung der Steuern anzupassen ist. Um dies zu erreichen werden die Veranlagungen zu den Einkommensteuern, insbesondere zur Abgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer durch die Reichssteuerverwaltung in der kürzest möglichen Zeit durchgeführt werden. Um den Steuerpflichtigen einen Anreiz zu geben, frühzeitig ihre Abgaben zu leisten, ist einerseits gesetzlich bestimmt, daß bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs und bei dem Reichsnotopfer die Vorleistung auf die Steuerhuld (d. h. also die Steuerzahlung vor Ablauf des Verjährungstermins) verzinst wird, und zwar werden bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs 6 v. H. vergütet und beim Reichsnotopfer für die Vorauszahlungen bis zum 30. Juni 1920 8 v. H., und für die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 4 v. H. Andererseits aber muß derjenige, der seine Steuer verspätet zahlt, die nicht gezahlten Beträge dem Reich mit 5 v. H. verzinsen und zwar beim Reichsnotopfer ab 1. Januar 1920 und bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs vom Tage der Fälligkeit der Steuer an. Durch diese doppelten Einwirkungen auf den Steuerpflichtigen ist zu erwarten, daß der rasche Eingang der Steuer gefördert und damit der erste Schritt zu einer Verminderung der schwebenden Schulden oder doch zur Behinderung ihres weiteren Anwachsens getan wird.

Die Ständige Valutakommission sieht es als bedenklich an, daß die Wirtschaftspolitik des Reiches in zahlreichen Fällen durch eigenmächtiges Vorgehen der Städte durchkreuzt wird. Soweit die Städte das Recht haben, Käufe im Ausland zu tätigen, müssen sie sich zur Beschaffung der Valuta an die amtliche Devisenbeschaffungsstelle wenden. Erforderlich erscheint ferner, daß den Gemeinden und Gemeinverbänden die Genehmigung zur Ausgabe von Stadtanleihen durch die Landesregierungen nur unter der Bedingung erteilt wird, daß sie vor der Ausgabe der Anleihen öffentlich über ihre Finanzen in weitestgehender und durchsichtiger Weise Rechnung legen. Die Valutakommission ersucht den Reichsminister der Finanzen, seinen Einfluß zur Abstellung der gerügten Mängel und zur Verwirklichung der Vorschläge geltend zu machen.

Die Auslieferungsfrage.

Die Reichsanwaltschaft wird, da die bisher vorliegenden Akten der „Kriegsschuldigen“ sehr lückenhaft sind und nur ganz allgemein gehaltene Beschuldigungen enthalten, sich an die Entente wenden, um von ihr über alle in der Liste aufgeführten Persönlichkeiten ein ausführliches Material zu erhalten. Da aber viele der Verdächtigten nicht einmal dem Namen nach genannt sind, wird es schwer und genauer Angaben der Entente bedürfen, um überhaupt erst die Persönlichkeiten zu ermitteln, gegen die die Beschuldigungen erhoben werden. Jedes einzelne Verfahren wird an Hand des Geheimes und wie jedes andere Strafverfahren lokal durchgeführt werden.

Die Verteidigung. Der Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins hat im Einvernehmen mit der Reichsanwaltschaft bestehenden Anwaltskammer eine Geschäftsstelle eingerichtet, um die Verteidigung derjenigen Persönlichkeiten vorzubereiten und zu unterstützen, die gemäß der Forderung des Verbands vor dem Reichsgericht zur Verantwortung gezogen werden sollen. Allen Beschuldigten und ihren Verteidigern wird anheimgestellt, sich mit dem Deutschen Anwaltsverein in Leipzig unverzüglich in Verbindung zu setzen. Die Bestellung eines Wahlverteidigers im einzelnen Falle bleibt jedem Beschuldigten vorbehalten.

Deutsche Militärs vor dem Völkerkriegsgericht. Die Pres.-Information berichtet aus Viller: Mitte dieser Woche beginnt vor dem Völkerkriegsgericht der Prozeß gegen vier deutsche Offiziere und drei Unteroffiziere, die sich in der Festung in Haft befinden. Sie sind des Völkerrrechts und der Blunderung während der Besetzung Döbeln angeklagt. Sie wurden im besetzten Gebiet vor kurzem verhaftet.

Der Völkerrbund.

Deutschlands Antwort an Millerand. Die Antwort Millerands ist, wie wir hören, nunmehr von deutscher Seite beantwortet worden. In der deutschen Antwortnote werden die von Herrn Millerand angeführten sachlichen Vorurteile als unzutreffend bezeichnet. Die materielle Frage sei vom Wiedergutmachungsausschuß zu erledigen.

Revision des Friedensvertrages? Der italienischen Zeitung Messagero wird aus Rom berichtet, daß die Ansichten für die Annahme des im Senat unbeschriebenen Vorschlages wachsen. In dem von Wilson die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz zur gründlichen Revision des Friedensvertrages verlangt wird.

Englands Hilfe an Belgien und Frankreich. Bei der Beratung des Heeresrats im englischen Unterhaus sagte Churchill, es sei möglich, daß England allein oder in Verbindung mit den Vereinigten Staaten die Verpflichtung eingehen werde, Frankreich und Belgien während der Dauer der Besetzung des Rheinlandes bei der Verteidigung ihrer Gebiete Beistand zu leisten. Diese vollkommen neue Verpflichtung, die vor dem Kriege nicht vorgesehen gewesen sei, sei eine ernste Angelegenheit, die zwischen den beteiligten Regierungen entschieden werden müsse.

Der Verband und Rußland. Laut New York Herald hätten England, Japan und Italien beschloßen, die Sowjetregierung anzuerkennen. Diese Nachricht ist, wie die Agentur Havas meldet, ungenau. Die beteiligten Regierungen sind sich einig, daß eine Anerkennung der Sowjetregierung nicht möglich ist. Namentlich Japan befindet sich unter den Staaten, welche bezüglich der Fragen, welche die Anknüpfung von Handelsbeziehungen durch Organisationen haben würde, die von der Sowjetregierung durchaus abhängig sind, ausdrücklich Vorbehalte machte. — Saint Brice teilte im Journal mit, man habe sich in London grundsätzlich über die russische Frage geeinigt. Eine Armee, die gegen die Sowjets kämpfe, werde zukünftig irgendeine Unterstützung erlangen. Der polnischen Regierung soll anempfohlen werden, jede offensive Handlung gegen den Bolschewismus zu vermeiden. Jedoch sollen Polen, Finnland und die baltischen Staaten unterstützt werden. Im Falle eines bolschewistischen Angriffs auf Estland, Litauen oder Lettland, wurde grundsätzlich beschloßen, mit Unterstützung der Sowjets über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften zu verhandeln, jedoch zu vermeiden, über eine offizielle Anerkennung der bolschewistischen Regierung zu sprechen. — Verlängerte Forderungen. In Neval trafen zwei bolschewistische Missionen ein. Die eine hat die Aufgabe, die Durchführung des Friedensvertrages mit Estland zu überwachen. Die Ankunft der zweiten Kommission steht mit der Aufhebung der Blockade gegen Rußland in Zusammenhang. Sie vertritt die kooperativen Körperschaften und soll verhandeln, mit den ausländischen Handelskreisen in Verbindung zu treten. Beide Missionen stehen mit Moskau in direkter Verbindung. In nächster Zeit wird sich auch eine russische Abordnung nach Moskau begeben, um dort die Durchführung des Friedensvertrages zu überwachen.

Frankreich und England. Nach der Sitzung des Obersten Rates gab Millerand ein Diner. In einer Ansprache versprach er, die alliierten Interessen immer mehr im Auge behalten zu wollen, besonders würde er über die Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien wachen, die von heute ab für alle Zeiten untrennbar zusammengeschlossen seien. Auf den Schlachtfeldern haben die beiden Völker ihr Blut gemeinsam vergossen, als Brüder müssen sie an die Lösung sämtlicher vorkommenden Fragen gehen. Sir Austen Chamberlain erwiderte, daß er zuerst dem bewundernswürdigen Herrn Clemenceau eine Glückwünsche erteile, daß die beiden Nationen auch weiterhin die Organisatoren des Fortschrittes und der Kultur der Zukunft seien. Unsere Allianz soll der Welt sein, auf welchem sich die Weltgeschichte aufbaut.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die internationalisierte Rheinlandkommission in Coblenz hat nach Vorlage der Gesetze durch den Reichskommissar gegen deren Anwendung im besetzten Gebiet keine Einwendung erhoben: Bildung und Tätigkeit der Elternbeiräte in der preussischen Provinz; Erlass des Reichspräsidenten vom 17. Oktober 1919 betr. die Zuständigkeit des Reichsjustizministeriums, auf der auch die Zuständigkeit der Reichsvermögensverwaltung beruht, die Verordnung vom 12. Januar 1920 betr. Preise für Sommerungsfaatgut, in Brotgetreide und Getreide. Die nächste Nummer des Amtsbl. des Reichskommissariats für die besetzten rheinischen Gebiete wird ein Verzeichnis sämtlicher bisher von der hohen Kommission genehmigten Reichs- und Landesgesetze enthalten.

* Unfug. In Boppard wurden acht Fäbchen in den Farben der Allierten von dem Soldatenheim abgerufen und weggebracht. Der Vertreter der Rheinlandkommission fordert, daß sofort die Sache untersucht wird. Wenn der Täter nicht ermittelt werden sollte, würde die Stadt die Folgen zu tragen haben.

Keine Einführung der französischen Sprache. Aus Berlin wird geschrieben: Durch die Presse gingen Nachrichten, nach denen die französischen Besatzungsbehörden im Rheinland beabsichtigen, die französische Sprache im amtlichen Verkehr der Kommunalbehörden mit den Besatzungsbehörden einzuführen. Von einer derartigen Verfügung ist hier an zuständiger Stelle nichts bekannt geworden. In einem Falle wurde festgestellt, daß ohne Erfolg mündlich angeregt worden sei, die Kommunalbehörde möge sich im Verkehr mit der Besatzungsbehörde der französischen Sprache bedienen. Die Regierungspräsidenten sind überdies vom Reichskommissar darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine ähnliche Verpflichtung auf keinen Fall zulässig sein werde.

Deutschland.

Das Reichsverkehrsmonopol. Über den Staatsvertrag, der den Übergang der bayerischen Verkehrsanstalten auf das Reich regeln soll, wird nächste Woche in Berlin weiterverhandelt werden. Nach den kürzlichsten Nachrichten erhält Bayern jedenfalls eine das gesamte bayerische Eisenbahnnetz umfassende Zentralfstelle. Nachdem die Abfindungssumme für die bayerische Post mit 620 Millionen Mark festgesetzt sei, werde das Reich für Eisenbahn und Post zusammen rund 1,25 bis 1,5 Milliarden Mark an Bayern bezahlen müssen. Das Ergebnis werde anstehen, um die gesamte bayerische Schuld zu decken, andererseits sei darin ein angemessener Ausgleich für die fallengelassene Forderung auf Salubritätschädigung enthalten.

Die deutschen Eisenbahnen. In der Zusammenkunft des Ministers des Verkehrswesens mit Abgeordneten der mehrheitssozialistischen Fraktion der Landesversammlung brachte diese eine Beschwerde darüber vor, daß bei der Entlassung von Arbeitern in den Eisenbahnwerkstätten vielfach nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern aus Grund persönlicher oder politischer Vorurteile vorgegangen worden sei. Der Minister erklärte, die Eisenbahndirektion wiederholt angewiesen zu haben, daß bei diesen, lediglich durch die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit bedingten Entlassungen, keine politischen oder wirtschaftlichen Maßregelungen vorgenommen werden dürfen. Wo gegen seinen Willen verstoßen worden sei, werde durch besonders zusammengestellte Kommissionen für sofortige Abhilfe gesorgt werden. Die Notwendigkeit, in den Werkstätten aus strenger wirtschaftlicher Grundlage die Vorbedingungen für eine erhöhte Arbeitsleistung zu schaffen, war das Einverständnis bei allen Teilnehmern der Besprechung. — Die Staatsbahnverwaltung weist darauf hin, daß bei der kürzlichen Entlassung von Arbeitern in den Werkstätten neben betriebswirtschaftlichen arbeitsunwilligen Personen vielfach wegen Überfüllung der Betriebe auch brauchbare Arbeitskräfte haben entlassen werden müssen. Wegen deren Beschäftigung in Privatbetrieben, besonders in Werken, die Verbesserungsarbeiten für die Eisenbahn ausführen, brauchen daher keinerlei Bedenken zu bestehen. — Von zuständiger Seite geht dem Volksbüro folgende Mitteilung zu: Die Beurlaubung über die Durchführung der Vereinfachung der Eisenbahn hat sich, wie aus Mitteldentschland gemeldet wird, noch wesentlich vermehrt durch die Mitteilung, daß zwar die Leitung des Verkehrswezens der Reichsbahnverwaltung überlassen werde, daß dagegen in Mün-

chen, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden und Schwerin die bisherigen einzelstaatlichen Verwaltungen nach ihrer organisatorischen Umgestaltung als Außenstellen des Reichsverkehrsministeriums ihre Tätigkeit fortsetzen sollen. Es besteht in den Ländern ohne Staatsbahnbefehl allgemein Uebereinstimmung darüber, daß eine solche Art der Dezentralisation, die lediglich den größeren Ländern mit Staatsbahnbefehl zugute kommen würde, den Bedürfnissen der anderen Länder in keiner Weise gerecht werden wird. Die Länder ohne Staatsbahnbefehl müssen vielmehr fordern, daß nunmehr eine völlig gerechte und gleichmäßige Verteilung sämtlicher deutscher Länder stattfindet. Jeder anderen Abnung wird man in den benachteiligten Ländern den entschiedensten Widerstand in allen Kreisen entgegensetzen.

Amerikanische Hilfe für deutsche Kinder. Das Komitee der amerikanischen Freunde jandte mit dem Panzer Kermoor Lebensmittel für deutsche Kinder und Wälderheime, und zwar bestand die Sendung aus Karos, Reis, Schweinefett und Bohnen. Weiter wurde aus Amerika hierher telegraphiert, daß für 175.000 Dollars, die noch bereitstehen, weitere Schiffsadungen für die Ernährung deutscher Kinder abgehen werden. Das New Yorker Komitee für deutsche Kinderhilfe verfügt noch über eine Viertel Million Dollars Unterstützungsgelder, die in der letzten Zeit eingezogen sind.

Der Reichswirtschaftsminister erteilte auf die Frage des Abg. Schulz-Hamburg, Dr. Heine und Genossen nach der Sicherstellung der Ernährung im kommenden Wirtschaftsjahr folgende Antwort: „Die Frage, in welcher Weise im kommenden Wirtschaftsjahr die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen ist, unterliegt der Erörterung. Die erforderlichen Verordnungen werden mit möglicher Beschleunigung dem Ausschuss der Nationalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dabei wird auch die Frage geprüft, inwieweit den Bevölkerungsbedürfnissen, deren Einkommensverhältnisse den zu erwartenden höheren Kosten nicht folgen können, die Möglichkeit gegeben werden können, sie zu bezahlen.“

Der Pardus-Skandal-Prozess. Von best informierter Seite erfährt man, daß die Pardus-Skandal-Affäre zu einem politischen Prozesse führen wird, in die eine große Anzahl Personen, darunter Mitglieder der früheren Scheidemann-Regierung, verwickelt sind. In Verbindung damit stehen noch einige Untersuchungsprozesse, bei denen es sich um Millionen unterschlagener Summen handelt. Einer der Hauptbeteiligten, der junge Sonnenfeld, ist inzwischen von Holland ausgeliefert worden und sitzt seit einigen Tagen in Berlin in Untersuchungshaft.

Im Prozess Erzberger-Gelferich kamen wieder eine Reihe geschäftlicher Verbindungen zur Sprache, die Dr. Gelferich offen als Schiebergeschäfte bezeichnete. Dann wurde ein Fall von Kapitalverflechtung erörtert, bei der Erzberger in den Verdacht der Begünstigung geraten ist; es wurden dabei vier Millionen Mark beschlagnahmt, die ins Ausland abgeschoben werden sollten, während das ganze Objekt 15 Millionen Mark betragen soll. Schließlich wurde noch Erzbergers Verhalten in dem Disziplinärverfahren gegen den Beamten Böhm erörtert, für den sich Erzberger seiner Zeit einsetzte.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 21. Feb. nat. 1920

Die preussische Landesversammlung befaßte sich heute weiter mit der Behandlung von Initiativanträgen der Fraktionen. Ein demokratischer Antrag auf Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen und zum Vorbereitungsdienst unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den Männern fand von Seiten der Vertreter der Fraktionen — es waren meist Reformerinnen — bereits Unterstützung. Geheimrat Berken vom Justizministerium setzte aus, daß nach dem Gesetze nur Männer zum großen Staatsprüfung zugelassen werden können. Geheißenen Gesetze geändert werden, aber das sei Reichssache. Der Antrag soll im Ausschusse weiter bearbeitet werden.

Es folgte die Besprechung der förmlichen Anträge Dr. Böhm (Deutsche Volksp.), wegen der Umgestaltung der Gesellschaftslehre. Ministerialrat Dr. Jander gab noch folgende Erklärung namens des Ministers ab: Die Unterrichtsverwaltung gibt zu, daß es vielleicht besser gewesen wäre, vor Herausgabe des Gesetzes mit der Vereini-

gung der Schulbuchverleger Fühlung zu nehmen. Da die Unterrichtsverwaltung war und ist maßgebend der Wunsch, den Geschichtslehrern die Möglichkeit zu geben, unabhängig von Lehrbüchern den Unterricht mehr auf die Kulturfortschritte als auf Kriege und Machtverschiebungen einzustellen; dieser ideale Gesichtspunkt ist wichtiger als eine mögliche Schädigung der Verleger.

Abg. Haff (Rechtssozialist): In den höheren Schulen werde vielfach Sabotage gegen die Republik getrieben. Es verfolge nichts, wenn für die Übergangszeit des Geschichtsunterrichts ganz weggelasse.

Abg. Wildermann (Zentr.) bemerkte, die Katholiken in Deutschland, besonders in Preußen, hielten die Erinnerung an die Kulturkampfszeit in dem herannahenden Geschichtsunterricht stets wach. Von der Rechten seien in Berlin die katholische Kirche und die Katholiken Deutschlands für den Ausbruch des Krieges und für seinen traurigen Ausgang verantwortlich gemacht worden.

Die beiden Redner der Rechten wiesen diese Angriffe ab. Abg. Sommer (Dem.) entwickelte Grundsätze für die Gestaltung des Geschichtsunterrichts und empfahl dem Minister die Verbindung mit den Großen im Geiste auf diesem Gebiete.

Abg. Rippe (Deutschnat.) kennzeichnete den Erlass als einen Ausfluß der geistigen Biegbarkeit des Ministers, der es am liebsten allen recht machen möchte und sich hier vor dem Radikalismus verborge — so tief, daß er selbst die alte Geschichte — mit so einem Federstrich zur Makulatur machen wollte.

Abg. Buch (U. S.) lobte den Erlass, aber nicht ohne bedenklich geworden zu sein durch die heutige Regierungserklärung. Danach werde man erst abwarten müssen, ob Herr Haenisch so bodenlos schwach sein werde, auch hier nachzugeben.

Abg. Richter (D. V.): Wir könnten unserer Jugend nicht sagen, was sie bisher gelernt habe, sei falsch, ohne daß wir gewaltige Erschütterungen in der Jugend hervorrufen. Wir müßten die Daten umso eher der Jugend vorführen. (Auf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Personenkultus muß aufhören!) Haben Sie mit Bedacht nicht Personenkultus getrieben? Der Minister sollte die Symbole unserer Vergangenheit in den Häusern entfernen, aber der Versuch, die große Vergangenheit aus dem Herzen zu reißen, werde nicht gelingen. (Beifall rechts.) Für unsere geschichtliche Erziehung könnten wir dreierlei nicht entbehren: die Selbstverehrung, den Zusammenhang mit unserer nationalen Vergangenheit und die großen in der Geschichte aufgetretenen Ideen.

Eine sozialdemokratische Anfrage Höller über das Beamtenrecht bezog sich auf die Beschleunigung der Entwürfe. Die Regierung ließ erklären, daß sie beabsichtige, den Anträgen des Hauses vom Oktober 1919 entsprechend, das Beamtenrecht, zu dem auch das Disziplinarrecht gehört, zu regeln. Eine schnelle Regelung durch preussisches Landesgesetz sei nicht empfehlenswert. Trotzdem werde die Regierung die Arbeiten möglichst beschleunigen und vor allem versuchen, das Disziplinarrecht baldmöglichst neu zu regeln. Ein wesentlicher Teil des Beamtenrechts werde durch die Besoldungsreform seine Regelung finden.

Das Haus vertagte sich auf Montag.

Sitzung vom 23. Februar 1920.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Erhöhung der Güter- und Viehtarife. Der Gesetzesentwurf wurde einstimmig angenommen.

Ein Gegenentwurf betr. die einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden, die Zahl der Provinzialausschussmitglieder zu erhöhen, wird dem Gemeindevorstand überwiegen. — Es folgt die Beratung der Anträge der Demokraten und Deutschnationalen über die Höchstlöhne.

Abg. Rufer (Dem.) befragte einen Antrag seiner Partei, der den Minister ersucht, die von ihm erlassene Verordnung zur Festsetzung von Höchstlöhnen vom 9. Dezember 1919 schleunigt der Landesversammlung vorzulegen, um für eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Verordnung zu ermöglichen. Die reichsgerichtlichen Bestimmungen darf auch ein preussischer Minister nicht überschreiten. Ebenfalls darf er das Recht der Kündigung zum Zwecke der Wirtschaftserhaltung ausschalten. Juristisch ist die Ver-

Nachtgeheimnisse.

Roman von A. Orth.

Der erste Versuch macht Ihnen also noch immer keine Freude? Es ist keine Hoffnung, daß Sie sich vielleicht doch eines Tages mit ihm auseinandersetzen könnten?

Nein! Er ist mir in tiefer Seele zuwider, und mein Vater hat nicht gut daran getan, mich in ihn hineinzuzwingen, obwohl ich sicherlich Talent dazu hätte, ein anständiger Künstler zu werden. Ich bemühe mich ja, meine Schuldigkeit zu tun, und die Leute, für die ich arbeite, sind mit meinen Leistungen nicht unzufrieden, aber kein Mensch hat eine Ahnung davon, welche Überwindung es mich kostet, bei dieser Beschäftigung auszuhalten. Manchmal, wenn mich die Verzweiflung über mein verpöndeltes Leben anpackt, muß ich wirklich meine Lust auf allelei Berstörungen nehmen, um wieder darüber hinwegzukommen. Was aus mir werden soll, wenn ich eines Tages jede Hoffnung aufgeben müßte, das mag ich gar nicht ausdenken.

So sollten Sie eigentlich nicht sprechen, Hermann! Finden Sie nicht, daß es ein etwas gefährliches Mittel ist, sich durch Berstörungen zu betäuben?

Ein sonderbarer Vorwurf war in ihrer Frage. Aber es schien, als ob dieser Vorwurf ihn sehr glücklich machte. „O, Sie dürfen darum nicht schlecht von mir denken“, verwahrte er sich mit verächtlichem Eifer. „Früher — ja früher mag ich es wohl manchmal ein bißchen toll getrieben haben, und ich schäme mich, wenn ich daran zurückdenke; aber die paar Wochen, die ich im Anfang dieses Jahres wieder hier in meiner Vaterstadt zugebracht, haben einen anderen Menschen aus mir gemacht — einen besseren, wie ich mit gutem Gewissen sagen darf. Das eine und das andere hängt einem ja noch von früher her an, und man kann nicht so mit einem Male alles von sich abtun, allein ich bin auf dem besten Wege dazu — wahrhaftig Fräulein Margarete, Sie dürfen es mir glauben!“

Der Eifer seiner Verteidigung, der in seiner unerkennbaren Aufregung etwas Liebenswürdiges hatte, nötigte der jungen Erzbergerin trotz ihrer schwermütigen Stimmung ein lächelndes Nicken ab.

Sie müssen mich nicht mißverstehen“, sagte sie freundlich. „Ich dachte gewiß nicht daran, Ihnen Vorhaltungen zu machen.“

Aber ich gebe Ihnen ein Recht dazu — ich gebe es Ihnen ganz ausdrücklich! Mein Leben lang ist mir an der guten oder schlechten Meinung der Leute blutwenig gelegen gewesen; aber den Gedanken, daß ich vor Ihnen als ein erbärmlicher Kerl dastehen könnte, den Gedanken würde ich einfach nicht ertragen. Wenn ich mich wieder auf mich selbst besinnen habe und wenn ich seit einiger Zeit mit neuem Mut ins Leben trete, so ist es ganz allein Ihr Werk, Fräulein Margarete!“

Wie Sie da wieder überreden! — Ich frage mich ja aufrichtig über das, was Sie sagen, aber das Verdienst, das Sie mir zuschreiben wollen, muß ich ablehnen. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich an Ihr Malheur glaube, und daß Sie bei Ihrer Jugend noch nicht ausbreiten dürfen, Ihren Idealen nachzustreben. Aber das würde Sie wohl auch von jedem anderen gehört haben, dem Sie sich anvertraut hätten.

Als wenn mir etwas daran gelegen wäre, es von einem anderen zu hören! Von den schönen Redensarten, mit denen man da abgepeist wird, habe ich mehr als genug, und ich habe auch genug von der Heuchelei der Weiber, die einen mit tausend Äußerungen zu bezaubern wissen, bis sie sicher sind, daß man in ihren Netzen zappelt. Ihre wahre Natur lernt man doch immer erst zu spät kennen. Wollte der Himmel, daß ich mich niemals von einer von ihnen hätte ins Garn locken lassen!

Es mußte irgend eine sehr trübe Erfahrung sein, die ihn zu diesen Äußerungen veranlaßte, denn er hatte sich in eine starke Erregung hineingestürzt. Erst ein Blick auf Margarete, die ihn mit einem leichtem Lächeln aus dem Unpassenden seines Verensergusses zum Bewußtsein zu bringen.

Verzeihen Sie! hat er gesagt. „Ich habe so wenig Talent, mich geschickt zu benehmen. Es war natürlich etwas ganz anderes, was ich Ihnen sagen wollte. Ich wollte sagen, daß ich erst seit dem Frühling dieses Jahres weiß, was eine ideale Frau für das Leben eines Mannes bedeuten kann, daß ich die Hochachtung vor dem weiblichen Geschlecht erst gelernt habe, seitdem Sie mir Ihre Teilnahme zugewendet, Fräulein Margarete — und —“

Ich glaube die Stimme des Herrn Konfals drängen zu hören“, fiel die Erzbergerin dem Redenden in die Rede. „Es ist vermutlich Ihr Vater, mit dem er verhandelt.“

Hermann Ellendorf war erschrocken und rief auf sie zu. „Ich habe also Ihre Eltern, daß ich Ihnen schreiben darf?“ fragte er hastig. „Und niemand wird es erfahren — nicht wahr? Auch wenn Onkel mal? Denn ich weiß, daß er vordereand noch keine sehr gute Meinung von

mir hat. Er könnte Sie deshalb vielleicht daran verhindern, mir zu antworten. Ich aber muß hier und da ein Lebenszeichen von Ihnen erhalten, wenn ich —“

Er konnte nicht vollenden, denn die Tür wurde geöffnet, und der Konfals trat in Begleitung seines Stiefbruders über die Schwelle. Er bemerkte augenblicklich die Erregung der jungen Technikers ebensoviele, wie die leichte Verwirrung der Erzbergerin. Freundlich reichte er seinem Neffen die Hand und dankte ihm für den Beweis der Teilnahme, den er durch sein Erscheinen zu der Besprechung der kleinen Affäre anboten. Dann erteilte er ihm nach seinem Ergehen und danach, wie lange er hier zu verweilen gedachte.

„Ich habe nur für einen einzigen Tag Urlaub erhalten können, Onkel“, lautete die Erwiderung, denn unsere Firma ist augenblicklich mit Aufträgen überhäuft. Ich gebente noch heute abend nach Berlin zurückzufahren.“

Es tut mir leid, daß ich dich unter solchen Umständen nicht bitten kann, Fräulein Ellendorf und mir ein paar Stunden zu widmen. Denn bei einer so kurzen Abwesenheit hat dein Vater natürlich den ersten Anspruch auf deine Gesellschaft. Aber wenn du wieder einmal von Berlin herüberkommst, wirst du hoffentlich nicht an meinem Hause vorbeigehen, du weißt ja, daß du darin immer willkommen bist.“

Paul Ellendorf gab durch ein Knippen zu erkennen, daß diese herzliche Aufforderung wenig nach seinen Wünschen war, und er rief hastig zum Aufbruch. Der junge Mann fand keine Gelegenheit mehr, ein Wort mit Margarete zu wechseln, und auch seine Hoffnung, wenigstens noch einen ermutigenden Blick aus ihren dunklen Augen mit auf den Weg zu erhalten, ging nicht in Erfüllung. Nur einen leichten Druck der kleinen Hand, die er für die Dauer einiger Sekunden in der seinen haften durfte, glaubte er zu fühlen, und das Aufleuchten in seinem Gesicht verriet, wie glücklich ihn schon dies kleine Zeichen ihrer freundschaftlichen Gesinnung machte.

Bis in den Gang hinaus hatte Gerhard Ellendorf seinen Besuchern das Geleit gegeben. Nun kehrte er in das Zimmer zurück und näherte sich der jungen Dame, die ihn mit leicht geknicktem Haupte erwartet hatte.

Meine teure Margarete!“, sagte er innig. „Wir werden versuchen, es a. m. u. zu tragen — nicht wahr? Wie wir uns befinden in der Liebe, so werden wir nun auch eins sein in der Trauer um mein armes, ruhm verwaistes Kind.“

Er hatte sonst ihre Hände ergriffen, und sie le. nte ihren Kopf an sein Schmei. „Ja, Gerhard!“ flüsterte sie. „Seinem Andenken allein sollen jetzt unsere Gedanken verbleiben.“

Fortsetzung folgt.

etwas Unmögliches. — Die Deutschnationalen be-
tragen, die Verordnung des Ministers durch eine Ver-
ordnung zu ersetzen, die den gleichzeitigen Interessen der
Miet- und Vermieter gerecht werden, und sodann Vorzüge
erweisen, daß in kürzester Zeit die Verordnung zur Prüfung
der rechtlichen und tatsächlichen Grundlage vor die Landes-
versammlung komme.

Abg. Konrad (D-Natl.) begründet diesen Antrag. Das
Landesparlament hätte vor Herausgabe einer solchen Verordnung
werden müssen. Die entgegenstehenden rechtlichen
Bestimmungen scheinen bewusst umgangen worden zu
sein. Will man unseren Volksgenossen genügend Woh-
nungen, dann mag man die lästigen Ausländer in Konzen-
tralagern unterbringen.

Minister Siegerwald: Dr. Auer hat mich in Grund-
sätzen kritisiert. Von Objektivität war dabei nichts zu
sprechen. Das Reichsfinanzministerium hat mitverhandelt und
ist durchaus dieser Verordnung zu. Außerdem sind
Gausbesitzerorganisationen befragt worden. Die Woh-
nungsnot hat einen Umfang angenommen, wie nie zuvor.
Berlin sind 80 000 Haushaltungen wohnungslos. Rehn-
st es an allen Plätzen. Die freie Wirtschaft im
Gau und im Wohnungswesen ist noch nicht möglich.
Mietsteigerungen, die vielfach über 100 Prozent betra-
gen, müssen ein Ende gemacht werden. Fast in allen euro-
päischen Ländern habe man Höchstmietpreise festgesetzt. Der
Gausbesitzer solle natürlich geschont werden. Er werde
gegen spekulative Ausnutzung des Volkes.

Abg. Brandenburg (Soz.): Der größte Mangel
daran, daß wir zu viele verfallene Wohnungen haben.
Erlaß des Wohlfahrtsministeriums ist nur zu begrüßen.
Abg. Vöhrer-Oberlesien (Zentr.): Der Erlaß schützt
breiten Volksmassen vor Ausbeutung. Der Weg durch
Verordnung die Miethöchstpreise zu regeln, ist nicht
richtig gewählt. Ein Gesetz hätte dieselben regeln
sollen.

Abg. Kott (Soz.): Alle Mißstände lassen sich nur durch
Regulierung des Haus- und Grundbesitzes beseitigen.
Es handelt es sich um Gesundheitsfragen allerersten
Rangs.

Abg. Rat Kessler, Vertreter des Justizministeriums:
Verordnung ist ein Kompromiß zwischen Hausbesitzern
und Mietern. Sie enthält keineswegs nur Schutz-
maßnahmen für die Mieter. Die Verordnung besteht zu Recht,
sie auf den Übergangsbestimmungen vom 17. April
beruht.

Abg. Dalkner (D-Natl.): Das ist mir unverständlich.
man von einer Vergebung der Mieter und Vermieter
spricht, unseres Antrages sprechen kann. Er zeigt den
Weg, um zur gesuchten Lösung zu kommen.
Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

England.

Die liberale Partei sucht Lloyd George
Verantwortung zu geben, seinen politischen Wechsel öffentlich
zu erklären. Lloyd George soll in einer liberalen Versammlung
die Frage besprechen, wie weit er sich beim etwaigen
Wahlkommen eines neuen Regierungskabinetts für das libe-
rale Programm entscheidet. Dieser Versuch der Liberalen
scheitert aber für Lloyd George eine große Gefahr, wenn er
aus der von den Liberalen gestellten Falle nicht vor-
sichtig herauszukommen versteht. Wenn das Programm des
Kabinettspräsidenten den Liberalen nicht gefällt, dann wer-
den diese mit großer Agitation Asquith als Führer des
Regierungskabinetts vorschlagen, und es ist dann sehr fraglich,
ob Lloyd George die Mehrheit der liberalen Parteien auf
sich vereinigen kann. Die Arbeiterpartei nimmt eine abwar-
tende Haltung ein, bis die Regierungsparteien zu einer Ent-
scheidung gekommen sind.

Die Heeresreform. Im Unterhaus erstattete
Kriegsminister bei der Einbringung der Heeresvor-
lage Bericht über die militärische Lage. Die allgemeine
Einschätzung wird in Großbritannien mit dem 31. März für
den Frieden. Zu demselben Zeitpunkt wird das rund
200 000 Freiwillige zählende neue Heer geschaffen
sein. In dieser Zahl sind die in Indien dienenden Truppen
nicht einbezogen. Der Minister führte weiter aus, daß
Großbritannien in der Friedenskonferenz mit wenig Erfolg
die Abschaffung der Ausbeutungseere eingetreten sei.
Die einzige große Heer, das auf die Dienstpflicht verzichtet
habe, sei das deutsche gewesen; aber er sei es der Wahrheit
schuldig zu sagen, daß Deutschland dazu gezwungen worden
sei. Der Kriegsminister legte dar, warum Großbritannien
ein stärkeres Heer als vor dem Kriege benötigte, und verwies
insbesondere auf die Lage in Palästina, Ägypten, Syrien,
den türkischen Truppenbewegungen in Kleinasien und der
Bedrohung der Balkanhalbinsel im Norden. Das Unterhaus
stimmt mit 215 gegen 22 Stimmen den vom Minister Churchill
vorgelegten provisorischen Militärkredit von 75 Millionen
Pfund Sterling bewilligt.

Holland.
Die Folgen des hohen Guldenwertes machen
im Wirtschaftsleben immer mehr dadurch fühlbar, daß
die Ausfuhr stößt. So hat die bekannte Schokoladen-
fabrik van Houten ihre Fabrikschließung in Aussicht
genommen wegen der ungünstigen ausländischen Wechselkurse keine
Wahrscheinlichkeit mehr bietet. Das Ausland aber sei mit
Geldern überflutet.

Milchlieferung an Deutschland. Die hollän-
dische Regierung hat auf eine Anfrage der preussischen Re-
gierung, ob Holland die regelmäßige Lieferung von Milch
an die stillenden Frauen und Säuglinge in das westdeutsche
Industriegebiet in Höhe von 50 000 Liter täglich
im Winter und 30 000 Liter täglich im Sommer überneh-
men könne, sich zur Lieferung dieser Menge bereit erklärt
unter der Bedingung, daß Deutschland keine Gren-
zen für eine bestimmte Anzahl von Jahren für Milch
schließt.

Belgien.

Zuckerwucher und Beamtenbefreiung.
In einer peinlichen Unternehmung sind zwei Industrielle
aus der Umgebung von Brüssel und ein höherer Beamter des
Ernährungsministeriums verhaftet worden. Sie werden des
Zuckerbeschlagnahmes und sind außerdem wegen Beamtenbe-
freiung und der Beamten wegen Amtsmißbrauchs angeklagt.
Der Sozialist meldet, dies sei die Folge einer Entdeckung, die
vor einigen Tagen in der Umgebung von Brüssel gemacht
wurde. Man fand dort mit 25 000 kg. Zucker beladene
Waggons, so daß das Gericht eine Unternehmung eröffnete,
dann zur Verhaftung der beiden Industriellen und des Be-
amten führte. Als der Ernährungsminister von der An-
klage erfuhr, ließ er sofort durch den Gerichtskom-
missar eine Unternehmung in seinem eigenen Büro vorneh-
men. Der Minister hatte bald den Beweis erbracht, daß der
Zucker durch Vermittelung eines höheren Ernährungscom-
missars den beiden Industriellen geliefert worden war, um von
ihnen unter ihre Freunde und das Personal ihrer Fabrik
versteckt zu werden. Die Unternehmung wird fortgesetzt. An-

dererseits hat der Ernährungsminister den beschuldigten
Beamten, der Chef der Abteilung für inländische Nahrungs-
mittel ist, seines Amtes enthoben.

Neues aus aller Welt.

Die Ostdeutsche Rundschau (Bromberg) meldet: Der
frühere Vorsitzende des Bromberger Arbeiterrates, bisheriger
Mitglied des Gewerkschaftsbundes, Paul Stoeffel,
hierher Mitglied der preussischen Landesversammlung, wurde
auf Anweisung des Oberkommandos in Posen am Freitag
verhaftet und nach Posen gebracht. (Stoeffel war ein
aufrichtiger Gegner der Polen, die mehrfach in Bromberg
Putschversuche unternahm. Schriftst.)

Die Sammlungen für die Grenzspende für
die Abstammung in den deutschen Grenzgebieten haben, wie
der T. M. mitgeteilt wird, sechs Millionen bereits überschrit-
ten.

Wie in Cassel verlautet, hat der Abg. Scheidemann
als Vorsitzender den Ausschuss für auswärtige Angelegen-
heiten für Freitag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr,
nach Berlin einberufen.

Dem bayerischen Landtag ist nunmehr ein Antrag zur
Bevilligung von 75 Millionen Mark zum Ausbau des
Rhein-Donau-Großschiffahrtsweges zugan-
gen. Die Bevilligung ist gesichert.

Das Stockholmer radikal-sozialistische Blatt Selbsttag-
blatt erzählt aus Moskau, telegraphisch, daß die bolsche-
wistischen Truppen das Murmangebiet er-
obert haben.

Ein starkes Erdbeben in Gori bei Tiflis forderte
zahlreiche Menschenopfer und verursachte bedeutenden Scha-
den.

Die letzte Stimme für deutsches Grenzland!

Sieh Deine

Grenz-Spende

für die Volksabstimmungen

auf Postfachkonto Berlin 73776

oder auf Deine Bank!

Deutscher Schutzbund, Berlin NW 52

Vermischte Nachrichten.

Einbruch in das Charlottenburger Maus-
leum. Eine schwere Großschändung wurde im Charlotten-
burger Schlosspark entdeckt. Als der Aufseher des Mausleums
die Heizung nachsehen wollte, fand er im Heizraum einen ver-
goldeten Kranz. Er begab sich sofort in den Gartensaal, aus
dem der Kranz stammen mußte, und sah nun hier eine arge
Verwüstung. Der Deckel des Sarges der Königin Luise stand
neben dem Sarge. Die Einbrecher hatten ihn gewaltsam ent-
fernt und den Sarg nach Schmutzfackeln durchsucht. Von den
Zögern der Kaiserin Augusta, des Prinzen Albrecht
und des Fürsten Liegnitz, haben sie einen vergoldeten
Silberkranz, acht silberne Kränze, einen vergoldeten Messing-
kranz usw., vom Sarge Kaiser Wilhelm I. einen ver-
goldeten Kranz entwendet, den sie auf dem Rückwege verloren
haben.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Internationaler Wirtschaftskongress in Frankfurt a. M.
Am 20. April und 1. Mai a. S. findet in Frankfurt a. M.
ein internationaler wirtschaftspolitischer Kongress statt. Die
Einladungen für die Teilnahme an ihm gehen aus von Ver-
tretern der Stadt und der Handelskammer und den Vorsitzenden
der verschiedenen Wirtschaftszweige Deutschlands. Der Ge-
halt des Kongresses ist der, die praktischen Kaufleute der ver-
schiedenen Nationen zu einer vorurteilslosen Aussprache über
die Möglichkeiten der Verbesserung des internationalen Han-
delsverkehrs und der Herstellung dauerhafter friedlicher Be-
ziehungen zwischen den verschiedenen Völkern zusammenzuführen.
Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen die internationalen
Wirtschaftsfragen, wie das Kohlenproblem, die Salata und die
Ernährungsfrage. Außerdem wird über die Verhältnisse der
einzelnen Länder und die Möglichkeit der weiteren Entwik-
lung ihrer zukünftigen internationalen Handelsbeziehungen von
herausragenden Kaufleuten der betreffenden Länder berichtet
werden. Von besonderem Interesse werden dabei die Verhältnisse
aus England, dem Balkan und den andern Ländern sein,
über deren Verhältnisse noch große Unklarheit herrscht. Wie
bekannt, wird in Frankfurt vom 2. bis 11. Mai die zweite
Frankfurter Internationale Messe abgehalten.

1. Marienberg, 25. Febr. Der Kreisaußschuß ernannte
in seiner letzten Sitzung den Kreisaußschußleiter W. Schmidt
in Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienste bei
der Kreisverwaltung zum Bureaudirektor, und zu Kreisauß-
schußleiter den Rechnungsführer Emil Krumm, den Sekre-
tär des Kreisaußschusses W. Schmidt und den Kreisaußschußassistenten
E. Schmidt.

1. Limburg, 25. Febr. In den Durchgangslagern spielen
sich von Zeit zu Zeit Vorgänge ab, die an das bekannte baye-
rische Habsburgerleben erinnern, es handelt sich also um joga-
nante Volksfeste. Vor einigen Tagen war Lt. R. V. im hiesi-
gen Durchgangslager ein Transporthelfer eingetroffen, der in dem
französischen Gefangenenerlager recht viel unter den Gemeinhäuten
eines jungen deutschen Feldwebels, der von der französischen
Lagerbehörde mit der Aufsicht über eine mitarbeitende Kameraden
betraut war, zu leiden hatte. Wenn man Gerüchten
glauben darf, soll der Unmensch sich nicht scheuen, daß er seine
eigenen wechselläufigen Ländelente für kleine Ordnungsmaß-
nahmen mit der Peitsche zu misshandeln! Vorgesetzten erzählten nun
einige Heimkehrer, daß sich ihr „Kamerad“ auch im Durch-
gangslager befindet, bald war denn auch der Vorgesetzte, der
vergeblich versuchte, sich in einer Schreibstube zu vertreiben,
aufgehört und nun wurden ihm seine Schandtaten derart
belangenhaft, daß gestern in der Stadt erzählt wurde, er sei
an den Folgen der „Exekution“ gestorben. Letzteres ist nun
nicht der Fall, doch recht hart scheinen die Strafmassnahmen gewe-
sen zu sein, die die mit Recht empörten Heimkehrer ihrem früheren
Peiniger angedeihen ließen. — Doch nun ein zweites frei-
williges Bild: Ein anderer Feldwebel, ein guter Kerl, und sei-
ner Mann, wie man beim Kommissar zu urteilen pflegt, der
nicht nur seine Kameraden nicht bestraft, sondern der sie keine
Leute den Kopf ins Loch steckte und sich sogar für sie einsetzte,
wurde von den deutschen Beamten in den Durchgangslager
gebracht und konnte das ihm von allen Seiten ge-
spendete Bier, bei aller Leistungsfähigkeit, die doch ein aktiver
Feldwebel in solchen Sachen besitzt, nicht mehren. — Und
im allgemeinen war die Kameradschaft, die in der Befang-
nahme herrschte, herzlich. Es sind dort Freundschaften fürs
Leben geschlossen worden. Fälle, wie der erste, bilden ganz ver-
einzelte Ausnahmen.

Aus Ems und Umgegend.

Der Deutsche demokr. Ortsverein hielt gestern eine
Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Sturm berichtete
über den Parteitag in Wiesbaden, in dessen Verhandlungen u. a.
beschlossen wurde, die Organisation im besetzten Gebiet in
Wiesbaden zu zentralisieren, aber mit Frankfurt feste Verbin-
dung zu behalten. Ferner wurde eingeleitet, zum Teil freige-
blich, das Schicksal der demokratischen Bemühungen, den
Vertrieb der Emser Quellenprodukte an Ems zu festigen, erör-
tert. Einstimmig wurde die Abendung folgender Resolu-
tion an die demokratische Fraktion der Preussischen Landes-
versammlung beschlossen: „Die heutige Mitgliederversammlung
der Deutschen demokratischen Partei, Ortsverein Bad Ems,
beauftragt einstimmig ihren Vorstand, die Fraktion der Deut-
schen demokratischen Partei bei der Preussischen Landesversam-
lung zu veranlassen, in Sachen des Emser-Quellen-Produkten-
Vertriebs sofort die nötigen Schritte zu tun, um die Entschärfung
für öffentliche Bürgerversammlung vom 11. Februar
zu verwirklichen.“ Weiterhin besaßte sich die Versammlung
mit Organisationsfragen und anderen internen Angelegenheiten.

Eingefandt.

„Werholz, Unter Artikel „Midda“ und „Wo bleibt
hier das Buerament“ habe ich folgendes zu bemerken: Man
kann nicht in die Ferne zu schauen. Wie steht es denn hier
in Ems betreffs des Holzes aus? Es ist in jeder Gemeinde
keine, daß die einheimischen Handwerker mit ihrem nötigen
Holze bedacht werden, nur hier scheint man darüber hinweg-
gehen zu können. Die Preise für Holz an heimische Handwerker
stellten sich nach meinen Erkundigungen 30—50 Prozent billi-
ger als der Verkaufspreis an auswärtige Händler. Es liegt
klar auf der Hand, daß die Emser Handwerker nicht die Preise
zahlen können wie auswärtige Großbetriebe und Händler oder
auch Händler, die wieder nach auswärts verkaufen. Die Stadt
kann unmöglich von ihren Bürgern verlangen, daß sie in Ems
zu hohen Preisen gezeigertes Holz von Händlern zurückkauft.
Die Emser Schreinervereinsung hatte sich nun die größte
Mühe seit Sommer gegeben, Holz von hiesiger Stadt zu einem
angemessenen Preise erhalten zu können. Es wurde sie jetzt drei-
mal abgelehnt. Die Preise für Handelsware sind nicht mehr
zu zahlen, und ein armer Mann darf nicht mehr sterben. Ich
habe auf der letzten Holzverksteigerung die vielen und nur 1.
Qualität Buchen- und Eichenstämme gesehen. Wer dieses
Holz nach auswärts wandern, und der Emser Bürger kann
ja mit minderwertigem Holz oder teurer Handelsware zufrie-
den sein. Die Stadt hätte gewiß keine Sünde getan, jedem in
Frage kommenden Handwerker bloß 1. Stamm Hartholz ab-
gegeben zu haben, auch kann die Gemeindefürsorge von uns noch
bestehen nicht alle abgetragen werden. Wenn die Stadt, nach
dem bisherigen Vorgehen zu urteilen, in die Lage kommen sollte,
daß die Handwerker ihr aus Mangel an Rohmaterial die
auszuführenden Arbeiten nicht leisten können, so schlage man
sich an die Brust und breche: Mea culpa. Ich habe aus Klotz-
werholz Bretter schneiden lassen, welche Arbeit viel Zeit und
Mühe macht, und frage mich selbst: „Ist das nötig?“
Ein Emser Schreinermeister.

Aus Diez und Umgegend.

Der Turn- und Festverein hält heute, abends
8 Uhr am Gasthaus von Jakob Diehl, Markplatz, seine
Jahreshauptversammlung ab, auf die an dieser Stelle nochmals
hingewiesen sei. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist voll-
ständige Erscheinen erforderlich.

1. Rentenauszahlung. Es wird darauf aufmerksam ge-
macht, daß die Militärversorgungsbeträge bereits am 26.
Februar bei den Postanstalten zur Auszahlung gelangen. Wei-
ter wird daran erinnert, daß die amtlichen Bescheinigungen
mit vorzulegen sind.

2. Heilensbach, 25. Febr. Aus hiesigem Ort sind nun
auch sämtliche Kriegsgefangene wieder bei den Heiligen einget-
roffen. Aus französischer Gefangenschaft sind noch in letzter
Zeit angekommen Wilhelm Scheid, Hermann Philipps, Robert
Andrae.

Aus Nassau und Umgegend.

1. Schweighausen, 25. Febr. Kamen da in voriger Woche
3 junge Leute mit Pferd und Jagdwagen hier angefahren, an-
geblickt um Kaser zu kaufen. Dem Bernebenen nach boten sie
aber in Nachbardörfern das Gefährt zum Verkauf an. Schließ-
lich stellten sie Wagen und Pferd bei einem hiesigen Landwirt
ein, wo sie es folgenden Tages abholen wollten. Aber nie-
mand ließ sich mehr sehen. Mittlerweile war nun in einer
einstufigen Zeitung ein Inserat erschienen, worin ein in
Heimbach-Weil bei Engers gekohlendes Pferd und Wagen ge-
sucht wurde. Auf telefonische Benachrichtigung hin, holte der
Besitzer, dem Pferd und Wagen aus dem Stall bezog. Demise
gestohlen worden waren, sein Eigentum hier ab. In die aus-
gegebene Belohnung von 1000 Mark werden sich verschiedene
teilen müssen.

Mit dem 1. Januar 1920 ist das neue Umsatzsteuer-
gesetz vom 24. Dezember 1919 in Kraft getreten.

Besonders wichtige Neuerungen sind:
Die gewöhnliche Umsatzsteuer ist von 0,5 v. H. auf 1,5
v. H. erhöht (§ 13). Die Luxussteuer für Biererzeugnisse ist
von 10 v. H. auf 15 v. H. erhöht (§§ 15, 21).
Die Luxussteuer ist in weitestem Maße ausgedehnt und
vorwiegend für den Absatz durch den Hersteller zu entrichten.
(§ 15.)

Erhöhte Steuer von 10 v. H. für gewisse Leistungen öffent-
licher Anstalten, Beherbergung, Bäder, u. a. (§ 25).
Auch die freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte,
freie Lehrer u. a.) unterliegen der Umsatzsteuer (§ 1).
Zur allgemeinen Anzeigepflicht der steuerpflichtigen Un-
ternehmungen pp. vom Beginn ihrer Tätigkeit tritt die beson-
dere Pflicht zur Anzeige aller nach §§ 15, 21, 25 Steuerpflich-
tigen an das Umsatzsteueramt binnen des Jahres 1920, wenn
schon am 1. Januar 1920 die steuerpflichtige Tätigkeit aus-
geübt wird (§ 30).

Die Luxussteuer von 10 v. H. aus § 8 des Umsatzsteuer-
gesetzes vom 26. Juli 1918 besteht auch für die 1920 stattfindenden
Veränderungen fort, wenn die Gegenstände schon am 31.
12. 1919 im Besitze des Kleinhandelsbetriebes waren und zu-
den in § 15 des neuen Gesetzes genannten Gegenständen ge-
hören.

Soweit sie dagegen zu den nach § 21 des neuen Gesetzes
steuerpflichtigen Gegenständen gehören, ist ihre Veräußerung
im Kleinhandel auch für 1920 mit 15 v. H. zu versteuern.
Das Handwerk, das schon nach dem Gesetz vom 26.
Juli 1918 umsatzsteuerpflichtig ist, ist auch nach dem neuen
Gesetz umsatzsteuerpflichtig und zum Teil der Luxussteuer
dann befreit aus § 15 unterworfen.

Für die Umsatzsteuer zuständig sind bis auf weiteres die
Umsatzsteuerämter.

Der Präsident des Landesfinanzamts, Cassel.

Die deutschen Zeitungen vor einer Katastrophe.

Die in Weimar zusammengetretene allgemeine deutsche Zeitungsverlegerversammlung nahm nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krise, in der sich die deutsche Presse befindet, einstimmig folgende Entschliessung an: „Die deutschen Zeitungen stehen vor einer Katastrophe. Die völlige Unsicherheit der Papierlieferung, die ungeheure Preissteigerung des Druckpapiers, aller Materialien, der Maschinen, Löhne und Gehälter und die Unmöglichkeit, auch nur einen annähernden Ausgleich der bereits bis zur Bruchgrenze drückenden Belastung der Zeitungen zu erreichen, führte heute in Weimar (die Herausgeber der deutschen Zeitungen aus allen Teilen des Reiches zusammen. Die Aussprache ergab, dass eine große Anzahl deutscher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, nur durch Korbkredite vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, und dass ohne Sicherstellung des Zeitungsdruckpapiers zu noch erträglichen Preisen der Zeitungsdruck abzuheben ist, an dem die überwältigende Mehrheit der deutschen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen muss. Die Reichsregierung ist sich anscheinend der Wirkung einer Katastrophe, noch gar nicht voll bewusst. Es handelt sich um die Existenz einer Einrichtung, ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung die Wirtschaft und Ordnung in Deutschland den allerschwersten Gefahren ausgesetzt sein wird und ein Wiederaufbau unmöglich ist. Verschwindet die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluss auf das In- und Ausland, verschwindet ihre Aufklärungsarbeit und ihre Ermutigung in Deutschlands schwerster Zeit, dann treten die Flugblätter aller zerschmetterten Kräfte von innen und außen an ihre Stelle. Die deutschen Zeitungen, wollen keine Liebesgaben für sich, leihen sie vielmehr ab, aber sie haben das wohlverdienene Recht, zu öffentlichen Interesse zu verlangen, dass die Existenzgrundlage der Zeitungen sichergestellt wird vor einer sie vernichtenden Katastrophe, die durch die grenzenlosen Spekulationen und Schiedungen auf dem Holzmarkt die hauptsächlichsten Rohstoffe für das Zeitungspapier so verteuert, dass das Papier für die überprozentige Mehrheit der deutschen Zeitungen unerschwinglich wird. Daran ändert nichts, wenn einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Mehrheit der Zeitungen und die bewährte Struktur der deutschen Zeitungen aus besonderen Gründen Papier zu jedem Preis zu erlangen suchen. Es geht hier nicht um die Privatinteressen einzelner Verleger, sondern um das Wohlfahrten der deutschen Presse und die Freiheit und Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung. In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierungen der einzelnen Länder und die Nationalversammlung, im allgemeinen Interesse das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch die Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu niedrigen Preisen und dadurch von Zeitungsdruckpapier. Verhält dieser Notschrei ungehört, zögern die Regierungen, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unvermeidlich.“

— In ganz Deutschland nehmen die Zeitungen vom 1. April ab wieder höhere Bezugspreise. Die meisten Berliner Zeitungen fordern am 1. April dieses Jahres einen monatlichen Bezugspreis von 10 Mark. Der Verein der Zeitungsverleger in Köln hat den Beschluss gefasst, am 1. April folgende Bezugspreis-Erhöhrungen eintreten zu lassen: Kölnische Zeitung von 4,25 auf 7,50 Mark monatlich, Kölnische Volkszeitung von 3,75 auf 7 Mark bezw. 7,65 Mark monatlich, Kölner Tageblatt von 3 Mark auf 5 Mark bezw. 5,75 Mark monatlich, Stadtanzeiger von 3,25 Mark auf 5 Mark monatlich, Rheinische Zeitung von 3 Mark auf 5 Mark monatlich, Rheinische Volkszeitung von 3 Mark auf 5 Mark monatlich, Bonner General-Anzeiger auf 4 Mark monatlich. Auch der Verein der Zeitungsverleger für die Regierungsbezirke Coblenz und Trier, dem sämtliche Zeitungen angehören, muss aus der Notlage heraus ebenfalls am 1. April dieses Jahres eine weitere Erhöhung der Bezugspreise eintreten lassen.

Soziales.
— Das Eheverbot für Lehrerinnen und Beamtinnen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rüdert (Unabh. Soz.) erging folgende Antwort des Kultusministers Gienrich: Die Frage steht im Zusammenhang mit der Reichsverfassung. Zum Zweck einer gleichmäßigen Regelung im ganzen Reichsgebiet hat deshalb der Reichsausschuss diese Frage zur Erörterung auf die Tagesordnung am 24. Februar gesetzt. Eine einstimmige Regelung durch eines der Länder vor dieser Besprechung erscheint darum nicht zweckmäßig. Bis zu der endgültigen Regelung der Frage habe ich Vorkehrungen getroffen, dass die bis dahin festangestellten Lehrerinnen nach ihrer Verheiratung auftragswise weiter beschäftigt werden können.

Lebensmittelfelle für den Stadtbezirk Diez.

Freitag, den 27. Februar 1920.
Fleisch und Fleischwaren. Verkaufsstellen in dieser Woche die Metzgereien: Fried, Brink, Dassenkamp, Anckert, Ad. Marheimer, Jul. Marheimer und Kold.
Donnerstag, den 27. Februar bis Dienstag, den 2. März, 7½ Liter Del, das Liter zu 12,40 Mark gegen Abschnitt 9 der Preiskarte in allen Geschäften.
Samstag, den 28. Februar.
Ein Paket Gerstenmehl oder ein Paket Kartoffelpulver für 6 Pfennige gegen je 2 Abschnitte von Nummer 20 der Lebensmittelfelle in allen Geschäften.
Ausgabe von Butter an Kranke für die Woche vom 23.—29. Februar bei Mäander.

Bekanntmachung

Der Preis für elektrischen Strom beträgt ab 1. Dezember 1919:
für Licht je Kwh. 1,07 Mark,
für Kraft je Kwh. 0,54 Mark.
Diez, den 24. Februar 1920.

Öffentliche Mahnung zur Zahlung fälliger Steuern

Alle Steuerpflichtigen, die mit der Zahlung der bis zum 14. Februar d. J. fällig gewordenen Steuern und Abgaben noch rückständig sind, fordern wir hierdurch auf, den Rückstand bis zum 27. Februar d. J. einzuzahlen.
Nach Ablauf dieser Frist beginnt die kostenpflichtige Zwangsversteigerung durch den Vollziehungsbeamten.
Diez, den 20. Februar 1920.

Die Stadtkasse.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Bad Ems.

Samstag, den 28. Febr., 7½ Uhr abends
1. öffentl. Vortragsabend

Ist das Christentum in der modernen Welt noch möglich?
Redner: Herr Pfarrer Emme.
Anschließend freie Aussprache!
Alle Emsener Frauen und Männer sind herzlich willkommen.
Der Ausschuss.

Hans Goebel
Marie Goebel
geb. Stachelroth
Vermählte
Bad Ems, den 26. Februar 1920.

Todes-Anzeige.

Am 24. Februar, abends 10 Uhr, verschied unser lieber Vater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel der
Landmann August Höhner
im Alter von 84 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Kemmonau, Nassau, Rhens, Düsseldorf,
den 24. Februar 1920.

Die Beerdigung findet statt, Samstag nachmittag 3 Uhr.

Im Auftrage der Erben Jung werde ich
Montag, den 8. März, nachmittags 3½ Uhr
auf meiner Amtsstube zu Ehrenbreitstein, Hofstr. 270, die
zu Ems, Wilhelmstraße belegene

Villa Jung mit Garten

öffentlich meistbietend versteigert.
996) Der Notar: Holzer, Justizrat.

Mohrentabak.

Reiner Stangenkautabak Stück M. 1,50
Röllchen " " 1,75
eingetroffen im
Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,
NASSAU. Mauerstr. 5.

Automobile

Personen- und Lastwagen
fahrbereit und defekt sowie sämtliche Auto-Zubehör
als Magnete, Vergaser, Laternen, Bereifungen,
Betriebsstoffe kauft zu höchsten Preisen.
Wilh. Möbus, Limburg.

Brennholz:

zu kaufen gesucht, je net
Waldbestände:
zur Selbstnutzung.
Gustav Rebelung, Frankfurt a. M., Wittelsbacherstr. 4
Telefon Hanö 5-8. (789)

25 Mark für Maulwurfelle

zahlt
K o m b e r t, Coblenz,
Haut- und Fellhandlung,
Schenkendorfsplatz,
3 Min. v. Hauptbahnh. Teleph. 1675.

Frisch geräucherte
Sprottbückinge
und
Rollmöpse
mit Gurken-ölage empfiehlt
Albert Kauth, Ems.
Fischhandlung.

Holl Lachsheringe,
Steler Bücking,
Sprotten,
Schellfische in Gelee,
Herings
frisch eingetroffen [17]
Heinr. Umsonst, Ems.

Prima holl.
Bollheringe [10]
empfiehlt
Philipp Zimmerschied,
Ems, Dammstr. 14
Möbel-Haus
G. Röhl, sen., Caduistr. 21, Ems.
Einkauf und Verkauf
gebrauchte Möbel u. Einrichtungsgüter, sowie auch
Möbel, Porzellan, Glas, Zinn usw.
sehr große Auswahl. [86]

Gebr. Möbel
ganze Einrichtungen kauft
stets zu hohen Preisen.
Jakob Krämer, Coblenz,
Genußgasse 15, Telef. 1722
Gründlichen
Musikunterricht
in Violine u. Trompete
erteilt
Christ. Hingott
Cramberg b. Balduinstein

Ein gut erhaltenes
Piano
zu verkaufen. Off. unt. Nr.
2486 an die Geschäftsstelle.

1 Sofa, 1 Sessel
und eine kleine D. Kieider
zu verkaufen
Grabenstr. 9, Ems.
Ansehen u. Sonntag. [15]

Einige Weinfässer
50—100 Liter, fassend, zu
kaufen gesucht.
Kaepfer, Dausenau,
Kassauer Hof.

Großer Spülstein
(roter Sandstein), zu ver-
kaufen
Hörmstr. 95, Ems.

Gespüle
für Schweinefutter gegen gute
Zahlung zu kaufen gesucht.
Bo, zu erfragen in der Gesch.

Kinder-Fah- und
Fahrgewagen
zu kaufen gesucht.
Mühlgasse 9, Ems. [16]

Küchenmädchen,
Haushaltmädchen,
Zimmermädchen
für sofort gesucht
Löhne den Te. e. ungeb. r. h. st.
müssen e. sprechend. [994]
Hof. Fürstehof, Ems.

Kräftiger Junge
gegen Veranlagung in die
Lehre gesucht.
Heinrich Eichholz, Ems.
Springer- u. Installations-
geschäft. [981]

Suche für sofort oder später
thätig.
Dienstmädchen.
Germann Thielmann,
Bäckerei und Wirtschaft.
Wittenbach.

Braves Mädchen
bei hohen Löhnen, guter Verpflegung
und Behandlung gesucht.
Cafe - Restaurant Moritz,
Königsstein i. Taunus
(bei Hies. - Gebiet). [998]

Zünftiges
Zweitmädchen
geht.
Franz Joseph Kirchberger,
Bad Ems.

Schnatzemühle
Weiterburg - Mahlmühle
Bollender - brüht Schmier,
Enten- u. Gänsefelle.
Verlangen Sie Brosch. [1]

Wflüge
Milch-Zentrifugen
und
Schrotmühlen
ab La. er lieferbar.
H. Finkler, Diez.
Oberstr. 25 Telefon 309.

Zahle
für Strickwolle
das Kilo 15 M.
gewöhnliche Lampen
das Kilo 30 M.
Jakob Erbach,
Diez, Altermarkt 2. [998]

Altmittel
Blei, Zinn, Kupfer, Messing
Zinn kauft zum Selbst-
gebrauch, höchst Preisen
Georg F. & H. Han.
Spenglerstr.

Altpapier
zum Einstampfen
kauft zu höchsten Preisen
Dürner Papier und
Papierwaren
Georg Tewes,
Düren. Postfach 18.

Fahrbare
Motor-Handsäge
zu kaufen gesucht. Ange-
bote mit ausführlichem Preis u.
B. 484 an die Geschäfts-
stelle. [999]

Bernslandwirt
sucht
kleineres Gut
mit vollem lebenden u.
toten Inventar bei hoher
Anzahlung zu kaufen, evtl.
volle Anzahlung.
Schriftliche Angebote an
d. Geschäftsstelle d. Bz. u.
B. 482.

Sägewerk oder
Mühle
mit oder ohne Wasserkraft zu
kaufen oder mieten ge-
sucht. Angeb. u. B. 995
an die Geschäftsstelle. [998]

Photo-Apparat
und Doppelglas zu kaufen ge-
sucht
Bad Ems, Mühl-
gasse 21.
Photographen K. A. G. H. e.
bis 11. 10 cm zu kaufen gesucht.

Flaschen
alle Sorten, namentlich 1/2 l. und
1/3 l. Boller größte Quantität zu
kaufen gesucht.
Julius A. A. Rud. Hamburg 36

Jagdgewehr
Kolber 17, Domstühle, preis-
wert zu verkaufen. [1-99]
Hof. Wiener Hof, Ems.
Einen halben Futner
Wirtschaftsapfel
abzugeben [995]
Hörmstr. 95, Bad Ems.

Fenstergalerien
gut erhalten, zu verkaufen.
M. Hörmstr. 95, Ems.

Ein Hausbadofen,
ein Ofen
ein Wagen,
eine Sacklarre
zu verkaufen [973]
Helenhof, Bad Ems.

**Rheumatisches, Nerven-
Leiden** 580
Schreibe aus Verlangen gerne
an, wonach ich mich von meinem
schweren Leiden selbst befreite, nur
nachdem ich erkrankte.
August Streichert,
Willingen (Schlesien).

Silbernes Medaillon
mit Samtband
verloren, [6]
Abzugeben in der Geschäftsstelle.